

## Sozialreport 2006:

# Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern

Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher

Mit dieser thematischen Vorgabe lud die Volkssolidarität – Bundesverband – Vertreter von Medien und Sozialverbänden zu einer Pressekonferenz am 16. Januar 2007 in das Presse- und Besucherzentrum des Bundespresseamtes ein. Gegenstand war der Sozialreport 2006, eine 47-seitige Studie, die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V. – im Auftrag der Volkssolidarität – erarbeitet und vom Präsidenten der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, sowie vom Bundesgeschäftsführer, Dr. Bernd Niederland, einleitend vorgestellt wurde. Die Studie zur sozialen Lage und Entwicklung in den neuen Bundesländern sowie die sich daraus ableitenden Befindlichkeiten und Auffassungen ihrer Bürger wurde bereits zum 17. Mal erarbeitet. Sie beruht auf der Befragung von 885 ostdeutschen Frauen und Männern über 18 Jahre. Die Hauptergebnisse der Untersuchung wurden durch Prof. Dr. Winkler in sechs Thesen zusammengefasst:

1. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist vor dem Hintergrund der Reformdebatten weiter gesunken, es existiert eine hohe Zukunftsverunsicherung.
2. Die Zukunftserwartungen der Bürger stehen im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Politik. Die Verunsicherung hat insbesondere bei älteren Bürgern drastisch zugenommen und betrifft vor allem die Bereiche soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Einkommens- Preisentwicklung. Als verstärkende Faktoren werden Abwanderungsdefizite und Geburtenrückgänge genannt.
3. Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage der Ostdeutschen hat sich zunehmend verschlechtert – für die nächsten Jahre wird von weiteren negativen Entwicklungen ausgegangen. Der von der großen Koalition proklamierte wirtschaftliche Aufschwung erreicht weder in der Realität noch im Bewusstsein die Mehrheit der Bürger. Der „Umbau des Sozialstaates“ wird als Angriff auf den Lebensstandard empfunden.

4. Es gibt inzwischen eine neue Armut, die gekennzeichnet ist durch „Armut, trotz Arbeit, Armut von Familien mit Kindern und eine erkennbare zunehmende Altersarmut.“
5. Die Sozialreformen werden als Entscheidung gegen die Interessen der Mehrheit der Bürger angesehen. Das Vertrauen in die politischen Instanzen – auch in Bundestag und Bundesregierung – ist niedrig.
6. Es gibt ein mit dem Alter steigendes politisches Interesse bei geringerem Einverständnis mit dem Stand der Demokratieentwicklung. Rechtsextremistisches Gedankengut ist wesentlich mehr verbreitet als von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit haben alle Altersgruppen erfasst, beschränken sich keinesfalls auf die neuen Bundesländer und stehen im Zusammenhang mit der konkreten wirtschaftlichen bzw. sozialen Situation.

Im Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West stellte Dr. Bernd Niederland in seinem Beitrag u. a. fest: „... Dabei geht es um die Angleichung der Einkommen aus Erwerbstätigkeit ebenso wie um die Angleichung des Ost-Rentenwertes an den Rentenwert im Westen. Der Unterschied zum Nachteil der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern beträgt noch immer 12,1 %. Die Überwindung dieser Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft wäre ein wichtiger gesellschaftspolitischer Schritt zur Minderung des Gefühls vieler Menschen, durch die herrschende Politik von der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande abgehängt worden zu sein!...“

Bedauerlicherweise fanden die nach wie vor existierenden erheblichen willkürlichen Rentenkürzungen gegenüber größeren Gruppen ehemaliger DDR-Bürger wegen ihrer einstmaligen Tätigkeit in der Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums keine Erwähnung.

Für ISOR, ihre Mitglieder, Sympathisanten und die solidarischen Mitstreiter in anderen Verbänden und Vereinen ergibt sich daraus nachhaltig die Aufgabe, „... im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten, dass das Rentenstrafrecht fortbesteht und nach den Maßstäben des Rechtsstaates einen ausschließlich politisch motivierten Willkürakt darstellt ...“, wie in der „Politischen Führungskonzeption“ des ISOR-Vorstands festgestellt.

(Dokumente der Volkssolidarität – nachlesbar unter [www.volkssolidaritaet.de](http://www.volkssolidaritaet.de))

## Aus der Arbeit des Vorstands

Nachdem sich die Mitglieder des Vorstands in ihrer Sitzung am 31. Januar über ihre Arbeitsschwerpunkte verständigt hatten, nahmen sie einen Bericht von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann über den Stand der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS zur Kenntnis.

Erfreulicherweise konnte die Erfassung von Datensätzen auf der Basis von Unterlagen der Anwaltskanzlei und den Kaderkarteikarten des damaligen MfS vorfristig und in sehr guter Qualität abgeschlossen werden. Der Vorstand würdigte den Einsatz und die Leistung der damit beschäftigten Helferinnen und Helfer. Ihre Arbeit bildet die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Stichprobenerhebung zur Einkommensentwicklung und Qualifikationsstruktur des MfS, die jetzt in Angriff genommen werden kann. Eine Vorstudie für ein Gutachten nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts kann jetzt gefertigt werden. Es wird voraussichtlich noch in diesem Jahr vorliegen. Unmittelbar danach wird mit der Erarbeitung der Argumentation für eine erneute juristische Auseinandersetzung zum § 7 AAÜG begonnen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Vorstand auf der Basis einer Vorlage von Dr. Wolfgang Stuchly mit der Einschätzung der Öffentlichkeitsarbeit von ISOR. Hervorgehoben wurde das deutlich gewachsene Gewicht der Internet-Präsentation von ISOR, das aus einer beachtlichen Steigerung der Seitenzugriffe und Besucherzahlen abzulesen ist (Februar 06 bis Januar 07: 45.839 Besuche mit 174.307 Seitenzugriffen). Damit werden Größenordnungen erreicht, die der Verbreitung von ISOR aktuell nahe kommen. Unser Mitteilungsblatt hat immerhin eine Auflagenhöhe von 28.000 Exemplaren, und ihre Bedeutung für unsere Organisation ist unbestritten. Daraus ergeben sich u. a. neue Überlegungen zur Arbeit im Internet.

Diese Diskussion wird in der nächsten Vorstandssitzung fortgesetzt. Der Vorstand beschloss, seine politische Konzeption zu aktualisieren, ohne sie grundsätzlich zu verändern. Die Öffentlichkeitsarbeit bleibt eine wichtige Leitungsaufgabe und soll auch künftig ohne die Schaffung neuer Strukturen durchgeführt werden.



Die TIG aus **Berlin-Treptow** und **-Köpenick**, hatten zu ihrer Jahresversammlung am 27. Januar gleich zwei Treffer gelandet. Das werden auch die übrigen Berliner TIG-Vorsitzenden und die Vertreter der GRH und GBM aus beiden Bezirksteilen bestätigen, die als Gäste teilnahmen.

Kompetent und ausführlich wurden wir durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Prof. Dr. Horst Bischoff, zum aktuellen Stand unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht informiert. Zur Haltung der Linkspartei zu diesem Problem, zum Neubildungsprozess der Linkspartei und den Problemen in unserem Lande überhaupt sprach er in unserem Stadtbezirk gewählte Direktkandidat und Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Bundestag, Dr. Gregor Gysi.

In Auswertung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts von 2004 werden in aufwändiger Arbeit die Unterlagen zusammengetragen, die den Vergleich der Einkommensstruktur des MfS zur Volkswirtschaft und zu den anderen bewaffneten Organen zulassen. Zu den Darlegungen in **ISOR aktuell** 1/2007 machte Horst Bischoff nochmals deutlich, dass die Flut der Petitionen, das solidarische Verhalten von Organisationen ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und anderer Sozialverbände unseren Optimismus stärken, diesen erneuten Schritt zum Bundesverfassungsgericht zu gehen. Über die Machbarkeitsstudie eines unabhängigen und anerkannten Gutachters - einen solchen zu bekommen, ist schon schwierig genug - wird dieser Gang auf das sorgfältigste vorbereitet. Zum gegebenen Zeitpunkt werden die ISOR-Mitglieder informiert, damit sie diesen Weg auch mit den wirksamsten politischen Mitteln begleiten können. Dabei war die Linkspartei von Anfang an unser verlässlichster Partner im Widerstand gegen das Millionen Bürger berührende Rentenrecht und den alle betreffenden Sozialabbau. Der Kampf ist mit ungebrochener Beharrlichkeit zu führen und hat sich gelohnt, betonte Horst Bischoff, wenn sich unsere Rente spürbar verbessert.

Mit gleichem Optimismus und Realismus sprach Gregor Gysi zu vielen uns bewegenden Problemen. So auch zum Rentenproblem. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen Rentenkürzungen, die auf Grund der Bewertung von Biografien vorgenommen werden. Das sei von den Herrschenden dieses Landes politisch gewollt. Der jetzt herrschende Zeitgeist sei dabei der beste Gehilfe.

Gregor Gysi verwies darauf, dass mit dem Scheitern der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten in Europa auch der Entwicklung

des „Rheinischen Kapitalismus“ mit seinem sozialstaatlichen Kompromiss im Westen die Absage erteilt werden konnte. Unter dem Begriff der Globalisierung werden nun dem Finanzkapital alle Grenzen geöffnet, brutaler „Manchester-Kapitalismus“ ziehe wieder ein. Zeitgleich habe auch die SPD ihre Sprache verändert und sich unter Schröder entsozialdemokratisiert, sei dadurch der CDU immer ähnlicher und nur so für die Koalition brauchbar geworden. Anschaulich und präzise benannte Gysi diesen neoliberalen Zeitgeist, der durch Politik und Wirtschaft in die Welt gesetzt und durch die Medien unter das Volk gebracht werde. Er zeigt sich u.a. in den Lügen zur Abhängigkeit der Rentenentwicklung von der demografischen Entwicklung, in den Rentennullrunden mit dem gleichzeitigen Verschweigen, dass es eigentlich Minusrunden sind und in den Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen. Die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, obwohl über 60 % der Bevölkerung dagegen sind, und Arbeitszeitverlängerungen bei hoher Arbeitslosigkeit, ergänzten dies. Die zeitgleiche Einführung der Reformen, die alle den Sozialabbau zum Ziel haben, hätte letztendlich auch dazu geführt, dass alle etablierten großen Parteien Stimmenverluste hatten und nur die Linkspartei gemeinsam mit der WASG zulegen konnte. Das verunsicherte das Gegenlager ungemein. Es gehe um Freiheit und soziale Sicherheit, einen letztendlich demokratischen Sozialismus. Erinnerungen an positiv Erreichtes in der DDR und der BRD dürften nicht verblassen. Doch sollte sich die Verteidigung der DDR nicht nur in einer persönlichen Selbstverteidigung auflösen, sie sollte die kritische Bewertung von Biografien mit einschließen, so Gregor Gysi.

Die Zeit mit Gysi war eng bemessen, zu einem Disput kaum noch Zeit, und so unterblieb die Frage, warum der Zusammenhang zwischen Entwicklungen in der DDR und dem permanent geführten Kalten Krieg von ihm kaum angesprochen wurde.

Eine in der Pause durchgeführte Spendenaktion zur Unterstützung des 3. SODI-Friedensdorfes Con Trung in Vietnam ergab einen Betrag von 955.- €.

**Helmut Holfert**



Obwohl wir in **Beeskow** nur eine kleine TIG sind, gibt es bei uns ein reges und interessantes Mitgliederleben. Regelmäßig werten wir die aktuellen Informationen von **ISOR aktuell** aus, wobei uns unser Beiratsmitglied Erhard

Mutschke tatkräftig unterstützt, indem er Informationen aus Beiratssitzungen auswertet und erläutert. So geschehen auf unserer letzten Mitgliederversammlung im November 2006.

Zu dieser Zusammenkunft hatten wir die Frauen unserer Mitglieder eingeladen und einen gemeinsamen Jahresrückblick über unsere Arbeit gehalten. Im Mittelpunkt standen dabei erreichte Ergebnisse und Arbeitsweisen im Kampf um Rentengerechtigkeit, Probleme im Territorium und die Stimmung in den Familien. Unsere Frauen diskutierten lebhaft mit und gaben manchen guten Hinweis, wie das Mitgliederleben interessanter und noch familiärer gestaltet werden kann. Unser Arbeitsplan 2007 wird entsprechende Aktivitäten beinhalten. Besonders gewürdigt wurden die unermüdbaren Bemühungen des Vorstandes zur Überwindung des Rentenstrafrechts für ehemalige Angehörige des MfS sowie die andauernde Solidarität anderer Vereine mit uns.

Enttäuscht zeigten sich die Mitglieder über die Arbeit des Petitionsausschusses des Bundestages. Wir waren uns einig, dass wir uns weiter zu Wort melden und nicht aufgeben. Abschließend gab es noch ein gemütliches Zusammensein, das uns alle wieder ein Stück näher brachte.

Die anwesenden Mitglieder und Gäste dankten dem TIG Vorsitzenden Willy Zeige und dem Beiratsmitglied Erhard Mutschke für gute kontinuierliche Arbeit. Der Dank gilt ebenfalls dem Vorstand von ISOR, dem wir zugleich ein gutes Jahr 2007 wünschen in der Hoffnung, dass es weitere Fortschritte in unserem gemeinsamen Kampf gibt.

**Wilhelm Ulbrich**



### Mit Abgeordneten im Gespräch

Während seiner jüngsten Bürgersprechstunde am 24. Januar empfing Bundestagsabgeordneter Jens Koeppen (CDU) im Bürgerzentrum seiner Partei Mitglieder des Vorstands der TIG **Prenzlau**. Hans-Joachim Möllenberg, seit 1993 TIG-Vorsitzender, informierte den Gastgeber über die Vereinstätigkeit, die auf das soziale Ziel gerichtet sei, endgültig Rentengerechtigkeit für alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Kräfte der DDR herzustellen. Im anschließenden Gespräch, das in einer offenen und verständnisvollen Atmosphäre von beiden Seiten geführt wurde, wurden die Positionen zum genannten Thema erörtert. Dabei kamen auch unterschiedliche Auffassungen zur Sprache.

Mit dem Bundestagsabgeordneten wurde eine Zusammenkunft mit Vorstandsmitgliedern von TIG aus uckermärkischen Städten seines Wahlkreises zu einem gegebenen Zeitpunkt vereinbart.

**Benno Butschalowski**

**Aus der Postmappe:**

Auch wir haben in zwei von unseren vier Teilbereichen unserer TIG im Ostseebad Karlshagen und im Seebad Bansin Ende des vergangenen Jahres mit ca. 70 Mitgliedern und ihren Ehepartnern anlässlich des 15. Jahrestages des Bestehens unseres Vereins wieder einmal feierliche und gemütliche Zusammenkünfte bei Kaffee, Kuchen und Wein durchgeführt, haben die Ergebnisse unserer Arbeit gewertet und uns dabei vorgenommen, auch weiterhin solidarisch an der Seite derer zu stehen, die noch vom Rentenstrafrecht betroffen sind. Viele brachten zum Ausdruck, dass es doch gut und wichtig wäre, solche Treffen evtl. in jedem Jahr einmal durchzuführen, um sich wieder einmal zu sehen, Gedanken austauschen zu können, auf kurzem Wege Rat und Hilfe zu

organisieren, oder um auch wieder mal nur einen kleinen „Rees an Backbord“ mit Freunden und Bekannten durchzuführen. Eine kleine Diaschau mit Fotos von unseren nun schon über sieben Jahre reichenden ISOR-Busreisen fand besondere Anerkennung dabei.

Ich wende mich aber auch aus einem anderen, wesentlich wichtigeren Grund an Euch: Im letzten Quartal des vergangenen Jahres haben bei uns in Mecklenburg/Vorpommern bekannte Persönlichkeiten zu einer Volksinitiative unter dem Titel „Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ aufgerufen mit dem Ziel, endlich in unserer Landesverfassung Formulierungen zu verankern, die Staat und Justiz ermächtigen und verpflichten, alle Maßnahmen wahrzunehmen und zu ergreifen, die der Friedensverpflichtung, der Sicherung der Gewaltfreiheit im

gesellschaftlichen Leben, der Verhinderung und des Verbotes der Propagierung und Verbreitung faschistischen (oder „nationalsozialistischen“) Gedankengutes im Land dienen.

Die Tatsache, dass in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder zehnte Wähler die Vertreter der rechtsextremistischen- und („neo“)-faschistischen Kameradschaften und Netzwerke ins Landesparlament befördert hat, zeigt uns, wie gefährlich die Lage diesbezüglich schon wieder ist und wie nötig es ist, eine sogenannte „Antifaschistische Klausel“ in unserer Landesverfassung zu verankern. Der erste Schritt dazu wären mindestens 15.000 Unterschriften für diese Volksinitiative! Die Teilnehmer an unseren oben erwähnten Feiern haben schon unterschrieben.

➤ Fortsetzung auf Seite 4

**ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:****Zum 97. Geburtstag**

Gerhard Auerswald, Bln.-Fr'hain

**Zum 95. Geburtstag**

Herbert Berger, Leipzig  
Ewald Bühner, Bad Salzungun

**Zum 94. Geburtstag**

Fritz Sparschuh, Bln.-Pankow

**Zum 93. Geburtstag**

Gerhard Schneider, Chemnitz

**Zum 92. Geburtstag**

Reinhold Lochmann, Bln.-Fr'felde

**Zum 91. Geburtstag**

Paul Domagalla, Magdeburg  
Traudel Roch, Bischofswerda  
Franz Sonntag, Bln.-Pankow

**Zum 90. Geburtstag**

Gerhard Buchmann, Bln.-Hellersdorf  
Hildegard Fischer, Bln.-Treptow

**Zum 88. Geburtstag**

Walter Entrich, Quedlinburg  
Erika Jochymski, Leipzig  
Hildegard Laux, Bln.-Fr'hain

**Zum 87. Geburtstag**

Werner Bluhm, Bützow  
Käthe Götz, Rodewisch  
Gerhard Höfer, Halle  
Charlotte Lauterbach, Bln.-Hellersdorf  
Heinrich Rolfs, Rostock  
Johanna Schmidt, Leipzig  
Rudolf Schultz, Bln.-Fr'hain

**Zum 86. Geburtstag**

Kurt Kißig, Löbau  
Josef Krusch, Bln.-Li'berg  
Willi, Lehnort, Chemnitz  
Kurt Renelt, Bln.-Prenzl. Bg.  
Anneliese Schiffer, Cottbus  
Ernst Stelzl, Bln.-Marzahn  
Rudolf Trummer, Gera

**Zum 85. Geburtstag**

Irmgard Darge, Schwerin

Anni Heim, Ilmenau  
Hildegard Hentschke, Bln.-Fr'felde  
Gerhard Kundke, Angermünde  
Herbert Morgenstern, Chemnitz  
Franz Moritz, Waren/Röbel  
Richard Schleicher, Frankfurt/O  
Elfriede Schuckel, Halberstadt  
Irene Seiler, Gera  
Günter Stahnke, Bützow

**Zum 80. Geburtstag**

Karlaugust Arndt, Rostock  
Hans Joachim Bastian, Hönow  
Walter Bauer, Templin  
Günter Bergmann, Königs Wusterh.  
Kurt Darr, Bln.-Marzahn  
Rosemarie Edler, Königs Wusterh.  
Günter Fuchs, Schwarzenberg  
Wolfgang Gross, Cottbus  
Günter Grubert, Neubrandenburg  
Annerose Grünert, Magdeburg  
Dr. Gerhard Helbig, Bln.-Fr'felde  
Rosemarie Heuer, Waren/Röbel  
Hasso John, Magdeburg  
Heinz Jonas, Gardelegen  
Rolf Junge, Eisenach  
Horst Kahn, Bln.-Marzahn  
Rolf Klemm, Halle  
Gerda Kohrt, Rostock  
Otto Krüger, Beeskow  
Werner Kunadt, Chemnitz  
Ottomar Kunze, Lübben  
Ursula Lehmann, Dresden  
Inge Leipold, Bln.-Hhnsn.  
Günter Petersohn, Cottbus  
Margot Philipp, Bln.-Hhnsn.  
Wilhelm Pietsch, Halberstadt  
Eva Poerschke, Bln.-Hellersdorf  
Hans Prüfer, Bln.-Li'berg  
Karl-Heinz Schäfer, Aschersleben  
Hans Schönert, Bln.-Fr'hain  
Elsa Schulz, Schwerin  
Gerd Uhlig, Wildau  
Ingeburg Vogel, Chemnitz

Ingeborg Weber, Bln.-Weißensee  
Dora Zorn, Bln.-Marzahn

**Zum 75. Geburtstag**

Waltraud Altmann, Zeitz  
Kurt Bartsch, Weißenfels  
Gerhard Becker, Bln.-Hellersdorf  
Otti Behm, Bln.-Treptow  
Harald Benkert, Dresden  
Karl-Heinz Bierstedt, Gardelegen  
Reinhold Blödel, Chemnitz  
Paul Bormann, Kamenz/Pulsnitz  
Irma Busch, Bernau  
Judith Deparade, Oranienburg  
Dr. Gerhard Dylla, Bln.-Hhnsn.  
Margot Eckhold, Bln.-Weißensee  
Regina Eckstein, Bln.-Marzahn  
Hans Elgner, Schwerin  
Inge Ernstz, Leipzig  
Gerald Fischer, Rostock  
Horst Fischer, Eichwalde  
Hermann Fleischer, Halle  
Gerhard Frömmel, Zingst  
Siegfried Gabbert, Bln.-Fr'hain  
Ruth Geppert, Dresden  
Lieselotte Glatz, Halle  
Siegmar Große, Gera  
Günther Hartleb, Suhl  
Wilfried Heinze, Cottbus  
Johannes Helm, Plauen/Oelsnitz  
Elfriede Hirschelmann, Halle  
Rainer Hoffmann, Stralsund  
Alfred Hommann, Bln.-Fr'felde  
Roland Hornschuh, Erkner  
Günter Irmischer, Bln.-Fr'hain  
Inge Jacob, Bln.-Hhnsn.  
Herbert Jäger, Dresden.  
Gerhard Jänicke, Frankfurt/O  
Werner Jaretski, Bln.-Marzahn  
Elli Jesse, Bln.-Hhnsn.  
Horst Jogmin, Pdm.-Drewitz  
Gerda Josupeit, Chemnitz  
Heinz Kelm, Bln.-Hhnsn.  
Hansgünter Klame, Bln.-Fr'hain

Dr. Kurt Kobs, Strausberg  
Rolf Körner, Hoyerswerda  
Alfred Koth, Bln.-Marzahn  
Ruth Kretzschmar, Bln.-Hhnsn.  
Gerhard Kries, Bln.-Prenzl. Bg.  
Irene Krüger, Bergen  
Karl Kuhnt, Schulzendorf  
Ursula Lehmann, Frankfurt/O  
Horst Liebscher, Schleusingen  
Gerhard Link, Geltow/Wildpark/W.  
Joachim Löchner, Bln.-Treptow  
Horst Machts, Bln.-Hhnsn.  
Günter Majewski, Wenzlow  
Margarete Materne, Frankfurt/O  
Inge Mehlhorn, Bln.-Li'berg  
Ilse Mika, Bln.-Fr'felde  
Erika Müller, Bln.-Weißensee  
Gertraud Münzel, Halle  
Lieselotte Ostrowski, Bln.-Fr'felde  
Heinz Pflugbeil, Oranienburg  
Friedrich Pietsch, Strausberg  
Martin Pratsch, Geltow/Wildpark/W.  
Renate Ringmann, Bln.-Hellersdorf  
Heinz Römer, Schöneiche  
Willi Schimmelpfennig, Sondershshn.  
Martha Schläwicke, Neuenhagen  
Herbert Schnabel, Birkenwerder  
Anni Schöps, Spremberg  
Gisela Scholz, Magdeburg  
Harry Scholz, Hasselförde  
Theodor Schuster, Bln.-Fr'hain  
Gisela Schwarzer, Fürstenwalde  
Rudolf Seidel, Leipzig  
Ingeborg Sitte, Rostock  
Walter Thomas, Hoyerswerda  
Siegfried Übel, Klingenthal  
Gerhard Uhlig, Bln.-Li'berg  
Selma Vodel, Schwarzenberg  
Lothar Zähler, Stralsund  
Eva Ziegler, Bln.-Fr'felde  
Dr. Robert Ziembinski, Radebeul  
Waltraud Zimmer, Prenzlau  
Hans Zwanzig, Aschersleben

➤ Fortsetzung von Seite 3

Wir rufen über unser Blatt alle ISOR-Mitglieder in Mecklenburg/Vorpommern auf, diese wichtige Initiative mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. In allen örtlichen Geschäftsstellen der Linkspartei. PDS, der Gewerkschaften, des Arbeitslosenverbandes, der Volkssolidarität, des Demokratischen Frauenbundes, des BRH dürften meines Wissens nach diese Listen vorhanden sein.

Helft alle mit, dass die erste Anfrage der Nazis im Landtag „Brauchen wir eine Antifa-Klausel in der Landesverfassung?“ mit einem eindeutigen JA beantwortet wird!

**Volker Sachse**

### Noch ist es nicht zu spät

Vor 16 Jahren begann die sogenannte Wende. Die DDR brachte man sehr schnell an ihr Ende. Eigentlich sollte sie gar nicht existieren, daher musste man sie einfach delegitimieren. Ein Sündenbock musste deshalb her. Das fiel den Mächtigen damals nicht schwer. Die Stasi wurde staatsnah nun genannt, man drückte uns einfach an die Wand. So hofften sie uns nun zu besiegen. Und dachten, wir werden euch schon kriegen. Um uns das Leben zu verwürzen, tat man uns die Rente kürzen. Als Bürger dieses Staates uns enteihen, dagegen mussten wir uns doch wehren. Wir gründeten ISOR hier im Land und nahmen den Kampf um unsere Rechte selbst in die Hand. Als solidarische Initiativgemeinschaft kämpfen wir mit Rechtsanwaltschaft für das Gleichheitsrecht schon seit der Wende und für das endgültige Rentenstrafrecht-Ende. Das Ziel dorthin, das ist nicht leicht. Es fordert Kampf, manches ist schon erreicht. Das Rentenstrafrecht muss endlich weichen, das wollen wir doch noch erreichen. Den Jüngeren, die einmal vor der Rente stehen rufen wir zu: Ihr sollt zu ISOR gehen! Wir brauchen gemeinsam die Solidarität. Dafür ist es doch nie zu spät.

**Erich Baenz, Neubrandenburg**



informiert:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen weist regelmäßig in ihren Pressemitteilungen auf Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Seniorinnen und Senioren in den verschiedenen Lebenslagen hin.

Die **Pressemitteilung 2/07** setzt sich kritisch mit der ZDF-Serie „Aufstand der Alten“ auseinander. In der **Pressemitteilung 3/07** fordert die BAGSO gemeinsam mit dem Schwerhörigenbund, dass Rundfunk und Fernsehen seniorengerecht werden müssen.

In der **Pressemitteilung 4/07** wird über eine Umfrage gemeinsam mit den Verbraucherzentralen unter dem Titel: **Supermarkt - alles super?** informiert, an der Seniorinnen und Senioren teilnehmen können.

Näheres: [www.bagso.de](http://www.bagso.de) und zu 4/07: Verbraucherzentrale Hamburg e.V., [www.vzhh.de](http://www.vzhh.de)

### Auf dem Büchermarkt:

**Erich Buchholz**

**Rechtsbetrachtungen von LINKS**

Gesammelte Aufsätze und Schriften nach 1990 hrsg. v. GRV e.V.

528 Seiten, Hardcover, 29,80 €

ISBN: 978-3-89706-852-0

Edition Zeitgeschichte Band 42

**Bestellungen an:**

Kai Homilius Verlag

Christburger Str. 4, 10405 Berlin

Internet: [www.kai-homilius-verlag.de](http://www.kai-homilius-verlag.de)

### Von Mitglied zu Mitglied

**Ostseeheilbad Zingst** – FEWO 2 für Pers. – ab 35 € - Tel. ab 18.00 Uhr: 038232-15368

★

FEWO im **Ostseebad Dierhagen** in unmittelbarer Strandnähe - ganzjährig nutzbar  
Tel.: 0381 - 700 63 01

★

FEWO im **Seebad Heringsdorf**  
Tel.: 038378 - 22273



**Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder**



Eva Albrecht, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Baumann, Bln.-Fr'felde  
Else Berndt, Bln.-Fr'felde  
Werner Bicking, Pdm.-Hubertusdamm  
Werner Bürner, Mühlhausen  
Gerhard Buttke, Quedlinburg  
Heinz Daum, Bln.-Mitte  
Joachim Dittmann, Bln.-Pankow  
Ferdinand Drommer, Dresden  
Rolf Ebel, Frankfurt/O  
Johanna Ebert, Halle  
Paul Ebert, Bln.-Köpenick  
Irmgard Ermling, Frankfurt/O  
Günter Freund, Bln.-Pankow  
Erika Geißler, Bln.-Fr'felde  
Johanna Goldhahn, Bln.-Treptow  
Marlene Grabow, Tangstedt-Wilstedt  
Karl Hammer, Wismar  
Mario Hepper, Stendal  
Hans Junk, Schwerin  
Gerhard Kaufuss, Bln.-Karlshorst  
Gerhard Kessler, Potsdam/Waldstadt  
Inge Klügl, Bln.-Pankow  
Hartmut Knösel, Bln.-Hhsn.  
Heinz König, Neustrelitz  
Anton Künzel, Gotha  
Heinz Lehmann, Gera  
Rudi List, Klötze  
Gabriele Lohmann, Bln.-Köpenick  
Werner Loskand, Bln.-Treptow  
Dr. Dieter Matthey, Bln.-Treptow  
Wolfgang Müller, Zwickau  
Lienhard Nitschke, Bln.-Treptow  
Fritz Noa, Hildburghausen  
Ingo Petersen, Bln.-Li'berg  
Klaus Poppitz, Eisenach  
Kurt Prauka, Bln.-Köpenick  
Ilse Rister, Frankfurt/O  
Rolf Rudloff, Suhl  
Volkmar Schlenker, Dresden  
Günther Schult, Rostock  
Ingeborg Steinbock, Bln.-Köpenick  
Wolfgang Teschner, Bergen  
Günther Thielemann, Bln.-Li'berg  
Horst Tympel, Leipzig  
Hein Überschaer, Pdm.-Drewitz  
Gerd Veit, Bln.-Marzahn  
Horst Wittke, Pdm.-Bornstedt  
Hardy Zeun, Bln.-Prenzl. Berg

**Ehre ihrem Andenken.**

### Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 31.01.2007

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 28.02.2007

**Einstellung im Internet:** 09.03.2007

**Auslieferung:** 15.03.2007

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

**Postanschrift:** ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

**e-mail:** [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

**internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden 1. und 3. Donnerstag, 15 bis 17 Uhr